Starker Tobak zum Auftakt

Bürgerbund besteht trotz Mammut-Bericht von Maibach auf Akteneinsichtsausschuss

Bruchköbel. Bei der Stadtverordnetenversammlung am Dienstagabend ist es wieder einmal hoch hergegangen. Bereits bevor der offizielle Antrag des oppositionellen Bruchköbeler Bürgerbunds auf Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses behandelt wurde, kam es zu heftigen Wortgefechten zwischen dessen Fraktionsvorsitzendem Alexander Rabold und Bürgermeister Günter Maibach.

Gleich zu Beginn der Sitzung hatte der Bürgermeister für einen Paukenschlag gesorgt. Er händigte den Abgeordneten einen mehrseitigen Bericht über den aktuellen Stand des Bedarfs- und Entwicklungsplans für die städtischen Kindergärten aus. Damit versuchte er, dem Antrag des Bürgerbunds zuvorzukommen, der einen Akteneinsichtsausschuss zu dem gleichen Thema einrichten wollte. Begründet hatte Oppositionsführer Rabold diesen damit, dass der Magistrat dem Parlament seit geraumer Zeit Daten über die Personalsituation der Kindergärten der Stadt vorenthalte. Rabold hatte laut Bürgermeister Maibach jedoch zusätzlich zu dem Begehren auf Akteneinsicht die Kommunalaufsicht angeschrieben und sich über die Verweigerung der Akteneinsicht beschwert.

Maibach machte keinen Hehl daraus, was er von der umfangreichen Anfrage Rabolds hält: "Sie ist unsinnig und ich kann sie nicht nachvollziehen." Die mit der Anfertigung des Bedarfs- und Entwicklungsplans beauftragte pädagogische Fachkraft habe die Anfrage zu diesem Zeitpunkt ebenfalls für "nicht vertretbar" gehalten. Diese habe einen kompletten Arbeitstag für die Zusammenstellung des Berichts benötigt. Zuvor hätten die Leiterinnen der Kindergärten die Daten erst recherchieren müssen. Insgesamt bezifferte Maibach die dabei angefallenen Arbeitsstunden auf 65. "Sie können sich ja ausrechnen, was das die Steuerzahler gekostet hat", fügte er hinzu – das Publikum im rappelvollen Rathaus-Sitzungssaal quittierte dies mit Beifall. Zudem sei die Entwicklung des Bedarfs- und Entwicklungsplan, der dem Parlament bis Ende des Jahres vorliegen soll, um zwei Wochen aufgehalten worden.

Rabold wollte die Kritik an seiner Anfrage so nicht stehen lassen. "Wir als Parlamentarier haben laut der Hessischen Gemeindeordnung das Recht, solche Anfragen an den Magistrat zu richten", sagte er. Mit gutem Recht habe er einst die Anfrage über die Akteneinsicht gestellt – schließlich sei der Bedarfs- und Entwicklungsplan schon vor drei Jahren von den Stadtverordneten in Auftrag gegeben worden. Um die Arbeit des Magistrats kontrollieren zu können, seien die Auskünfte unverzichtbar. Dieser sei an Recht und Gesetz gebunden. "Der Bürgermeister ist kein Klein-Monarch", schickte er hinterher und heizte so die giftige Atmosphäre schon vor Behandlung des Antrags des Bürgerbunds auf Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses weiter an. dem am Ende auch statt gegeben wurde. "Wir setzen uns gerne mit Ihnen hin und verbringen unsere Winterabende damit, die gute Arbeit der Stadtverwaltung zu besprechen", sagte CDU-Fraktionschef Reiner Keim. Das Gebaren des Bürgerbunds sei jedoch "diesem Hause nicht würdig". "Die Wahl wird dieses Problem jedoch für uns lösen", fügte er hinzu.

Auch beim Thema Haushalt 2011 übte Rabold Kritik, nachdem Maibach diesen erst für Februar kommenden Jahres in Aussicht gestellt hatte. Es sei wichtig, den Haushalt noch in diesem Jahr zu behandeln, da sonst eine "vernünftige" Entwicklung der Stadt im kommenden Jahr nicht möglich sei. "Ich protestiere", sagte er und forderte den Bürgermeister auf, die Zahlen bis zur letzten Sitzung vor der Weihnachtspause vorzulegen. Maibach verteidigte indes seinen Entschluss, die Haushaltseinbringung bis ins neue Jahr zu verschieben. Er wolle ein solides Werk vorlegen, das nicht nachträglich noch entscheidend geändert werden müsse. Aufgrund der kurzfristig umzusetzenden Maßnahmen im Bereich des Kleinkinderbetreuung und einer geplanten Grundsanierung der Hauptstra-Be könnten die Zahlen für den Haushalt noch nicht vorgelegt werden. Rabold vermutet dahinter jedoch ganz andere Gründe. Er glaubt, dass der Bürgermeister schlechte Nachrichten hinauszögern will. "Will der Bürgermeister die Vorstellung des neuen Haushalts möglicherweise über die Zeit nach der Kommunalwahl Ende März hinausschieben?", mutmaßte Alexander Rabold. Christoph Süß (HA)